ZDF-Politbarometer November II 2014

ZDF-Politbarometer November II 2014

Russland-Politik: Wachsende Zustimmung zu Wirtschaftssanktionen / Frauenquote: Die Deutschen sind...
Die Zustimmung zu den Wirtschaftssanktionen, die die EU wegen der Unterstützung ostukrainischer Separatisten gegen Russland verhängt hat, ist gegenüber dem Vormonat gestiegen: Nach 52 Prozent im Oktober befürworten jetzt 58 Prozent diese Strafmaßnahmen, obwohl sie auch bei uns zu wirtschaftlichen Nachteilen führen, 36 Prozent (Okt. I: 40 Prozent) lehnen sie ab (Rest zu 100 Prozent hier und im Folgenden jeweils "weiß nicht"). Bundeskanzlerin Angela Merkel hat ihre Kritik an der Politik Russlands im Ukraine-Konflikt zuletzt deutlich verschärft. 76 Prozent der Deutschen und Mehrheiten in allen Parteianhängergruppen finden das richtig, lediglich 20 Prozent halten dies nicht für richtig. Dabei ist die Hälfte der Befragten (50 Prozent) der Meinung, dass die Bundesregierung gegenüber Russland geschlossen auftritt, 38 Prozent sehen das nicht so. Weiterhin äußern mit 63 Prozent (Sept. I: 72 Prozent) die meisten große Sorge wegen der aktuellen Politik des russischen Präsidenten Putin, 36 Prozent teilen diese nicht (Sept. I: 27 Prozent).
Projektion: Grüne legen erneut zu - AfD verliert
Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU erneut auf 41 Prozent, die SPD erreichte unverändert 26 Prozent, und die Linke bliebe bei 8 Prozent. Dagegen könnten die Grünen erneut zulegen auf 11 Prozent (plus 1), während sich die AfD auf 6 Prozent (minus 1) verschlechterte. Die anderen Parteien, einschließlich der FDP, erzielten zusammen 8 Prozent (unverändert). Damit hätte neben einer Großen Koalition auch ein Bündnis aus CDU/CSU und Grünen sowie aus CDU/CSU und AfD eine rechnerische Mehrheit, nicht reichen würde es für eine Koalition aus SPD, Linke und Grünen.
AfD: Mehrheit zweifelt an langfristigem Erfolg
Die meisten Befragten (63 Prozent; Sept. II: 56 Prozent) gehen davon aus, dass der AfD kein dauerhafter Erfolg beschieden sein wird. Lediglich 18 Prozent und damit deutlich weniger als nach den Landtagswahlen in Thüringen und Brandenburg Mitte September (Sept. II: 30 Prozent), bei denen die AfD zweistellige Ergebnisse einfahren konnte, erwarten eine auf lange Sicht erfolgreiche Entwicklung. Nur 19 Prozent nehmen die AfD als eine in wichtigen Fragen geschlossene Partei wahr, für 40 Prozent vermittelt sie einen eher zerstrittenen Eindruck, allerdings kann dies mit 41 Prozent auch ein großer Anteil der Befragten nicht beurteilen.
Haushaltsberatungen: Zwei Drittel für "Schwarze Null"
Für 2015 plant die Bundesregierung erstmals seit 45 Jahren einen Haushalt ohne zusätzliche Schulden. Zwei Drittel (66 Prozent) sind dafür, dass die Regierung trotz des schwächeren Wirtschaftswachstums an diesem Vorhaben festhält, 31 Prozent wollen das nicht.
Frauenquote: Pro und Contra halten sich die Waage
Ab 2016 sollen in den Aufsichtsräten großer Unternehmen mindestens 30 Prozent der Posten mit Frauen besetzt werden. Die Einführung einer solchen gesetzlichen Quote begrüßen 49 Prozent der Deutschen, 48 Prozent lehnen sie ab. Die Anhänger von SPD (58 Prozent), Linke (57 Prozent) und Grünen (56 Prozent) befürworten die Frauenquote mehrheitlich, die Anhänger der CDU/CSU (60 Prozent) sowie der AfD (73 Prozent) sind mehrheitlich dagegen.
Top Ten: Wenig Bewegung
Die Bewertungen der nach Ansicht der Befragten wichtigsten zehn Politiker und Politikerinnen haben sich im Vergleich zur letzten Umfrage nur wenig verändert. Weiterhin wird die Liste angeführt von Bundeskanzlerin Angela Merkel, die auf der Skala von +5 bis -5 einen Wert von 2,3 erhält und sich damit etwas verschlechtert (Nov. I: 2,5). Auf Platz zwei liegt Frank-Walter Steinmeier mit unveränderten 2,1. Danach folgen Wolfgang Schäuble mit 1,7 (Nov. I: 1,7), Sigmar Gabriel mit 1,0 (Nov. I: 1,2), Peer Steinbrück mit 0,9 (Nov. I: 0,9), Thomas de Maizière mit 0,8 (Nov. I: 0,8), Ursula von der Leyen mit 0,6 (Nov. I: 0,7) und Andrea Nahles mit 0,4 (Nov. I: 0,5). Als Einzige verbessern können sich die beiden Letztplatzierten, Horst Seehofer mit 0,2 (Nov. I: 0,1) und Gregor Gysi mit 0,1 (Nov. I: minus 0,1).
FIFA-Bestechungsvorwürfe: Mehrheit gegen deutschen WM-Boykott
Gegen den Welt-Fußballverband gibt es Bestechungsvorwürfe im Zusammenhang mit der Vergabe der nächsten beiden Weltmeisterschaften an Russland und Katar. Knapp ein Drittel der Befragten (32 Prozent) ist der Meinung, dass Deutschland deshalb aus Protest nicht an diesen Weltmeisterschaften teilnehmen soll. Eine Mehrheit von 59 Prozent ist aber gegen einen solchen Boykott.
Die Umfrage zum Politbarometer wurde wie immer von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen durchgeführt. Die Interviews wurden in der Zeit vom 25. bis 27. November 2014 bei 1289 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten telefonisch erhoben. Die Befragung ist repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland. Der Fehlerbereich beträgt bei einem Parteianteil von 40 Prozent rund +/- drei Prozentpunkte und bei einem Parteianteil von 10 Prozent rund +/- zwei Prozentpunkte. Daten zur politischen Stimmung: CDU/CSU: 43 Prozent, SPD: 28 Prozent, Linke: 7 Prozent, Grüne: 12 Prozent, AfD: 5 Prozent. Das nächste Politbarometer sendet das ZDF am Freitag, 12. Dezember 2014.
Weitere Informationen zur Methodik der Umfrage auf www.forschungsgruppe.de
Download Grafik (Copyright: ZDF/Forschungsgruppe Wahlen)
 www.heute.de <br /> http://twitter.com/ZDF
Fotos sind erhältlich über ZDF Presse und Information, Telefon: 06131 - 70-16100, und über http://pressefoto.zdf.de/presse/politbarometer

ZDF
ZDF-Strasse 1
55100 Mainz
Deutschland
Telefon: +49 (0) 6131-700
Telefax: +49 (0) 6131-70-12157
URL: http://www.zdf.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=582635" width="1" height="1">

Pressekontakt

ZDF

55100 Mainz

zdf.de

Firmenkontakt

ZDF

55100 Mainz

zdf.de

Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) ist eine der größten öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten Europas mit Sitz in der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Gemeinsam mit den in der ARD zusammengeschlossenen Landesrundfunkanstalten und dem Deutschlandradio bildet das ZDF den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland. Das ZDF startete mit ca. 2.200 fest angestellten Mitarbeitern und hat heute ca. 3.600 Mitarbeiter.